Satzung
der Stadt Neumünster über die Erhebung von Gebühren für die
Benutzung der städtischen Einrichtungen zur Abfallentsorgung
(Abfallgebührensatzung)

vom ...

Aufgrund der §§ 4, 17 und 28 Satz 1 Nr. 2 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.02.2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.08.2016 (GVOBl. Schl.-H. S. 788), der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein vom 10.01.2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 27), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 129), des § 5 des Landesabfallwirtschaftsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.01.1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 26), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.03.2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 64) wird nach Beschlussfassung durch die Ratsversammlung vom folgende Satzung der Stadt Neumünster über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der städtischen Einrichtungen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) erlassen:

§ 1 Benutzungsgebühren

- (1) Die Stadt Neumünster betreibt die Abfallentsorgung gemäß der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Neumünster (Abfallwirtschaftssatzung).
Die Stadt Neumünster erhebt zur Deckung der Kosten für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung Abfallentsorgung Benutzungsgebühren nach dieser Satzung und dem als Anlage beigefügten „Gebührentarif“, der Bestandteil dieser Satzung ist.
- (2) Zur Stetigkeit der Gebührensätze beträgt die Kalkulationsperiode grundsätzlich drei Jahre.
Bei wesentlichen Veränderungen der Rahmenbedingungen, wie z.B. Kostenentwicklung oder Systemumstellungen, kann hiervon abgewichen werden.

§ 2 Gebührenmaßstab

- (1) Die Benutzungsgebühren für Restabfälle (Graue Tonne) und für Bioabfälle (Grüne Tonne) werden nach der Anzahl, dem Fassungsvermögen und der Häufigkeit der Leerungen der Abfallbehälter sowie unter Berücksichtigung des Entsorgungsgebietes (§ 13 Abs. 1 Abfallwirtschaftssatzung) als Jahresgebühr erhoben.
- (2) Soweit eine gemeinsame Nutzung von Abfallbehältern gem. § 11 Abs. 9 Abfallwirtschaftssatzung stattfindet, sind die im Gebührentarif ausgewiesenen Gebühren von jedem Gebührenpflichtigen zu zahlen.
- (3) Die Benutzungsgebühren für eine Sonderleerung (§ 13 Abs. 5 Abfallwirtschaftssatzung) werden nach Maßgabe des jeweiligen Abfallbehälters erhoben.
- (4) Die Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung bei den Sammelstellen werden nach der Abfallmenge erhoben.
Soweit der jeweilige Abfall in gebührenpflichtigen Abfallsäcken (§ 11 Abs. 4 Abfallwirtschaftssatzung) abgegeben wird, fallen keine gesonderten Gebühren an.
- (5) Die Benutzungsgebühren für die Abfallsäcke und Banderolen werden pro Abfallsack und Banderole erhoben.
- (6) Für die Auslieferung zusätzlicher Restabfall-, Bioabfall- oder PPKgefäße, für die Abholung nicht mehr benötigter Restabfall-, Bioabfall- oder PPKgefäße, für die Umstellung des Leerungsrhythmus und für den Wechsel der Gefäßgröße erhebt die Stadt eine Bearbeitungsgebühr zur Abdeckung des besonderen Verwaltungs- und Transportaufwandes. Dies gilt nicht für die erstmalige Bereitstellung der Abfallgefäße auf einem Grundstück und für deren Rückgabe bei Beendigung der Anschlusspflicht oder bei Wechsel des Gebührenpflichtigen.

- (7) Stellt die Stadt den Behälter auf entsprechenden Antrag im Entsorgungsgebiet B zur Leerung am Straßenrand bereit, erhöht sich die Benutzungsgebühr auf die entsprechende Gebühr des Entsorgungsgebietes A. Bei jeder Bereitstellung von Behältern zur Leerung am Straßenrand durch die Stadt werden bei einer Entfernung vom Standplatz zum Straßenrand von über 15 m und/oder beim Vorhandensein von mindestens 2 Stufen Zuschläge erhoben. Führt der Transportweg über öffentliche Flächen (Bürgersteige, Radwege, Straßenbegleitgrün), wird dieser nur mit bis zu 6 m berücksichtigt. Die Gebühr wird für jede Leerung erhoben.

§ 3 Gebührenpflichtige

- (1) Gebührenpflichtig für die Systemabfuhr sowie die Sonderleerungen sind die Eigentümerin/der Eigentümer oder die Wohnungs- oder Teileigentümerin/der Wohnungs- oder Teileigentümer des an die Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstückes. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist die oder der Erbbauberechtigte anstelle der Eigentümerin oder des Eigentümers Gebührenschuldnerin oder Gebührenschuldner.

Die Wohnungs- und Teileigentümerinnen und die Wohnungs- und Teileigentümer einer Eigentümergemeinschaft sind Gesamtschuldnerinnen und/oder Gesamtschuldner der auf ihr gemeinschaftliches Grundstück entfallenden Benutzungsgebühren. Miteigentümerinnen und Miteigentümer oder mehrere aus dem gleichen Grund dinglich Berechtigte sind Gesamtschuldnerinnen und/oder Gesamtschuldner.

- (2) Gebührenpflichtig für die Abfallentsorgung bei den Sammelstellen ist diejenige Person, die den Abfall dort abgibt.
- (3) Gebührenpflichtig für die Abfallsäcke ist diejenige Person, die diese erwirbt.
- (4) Gebührenpflichtig für die Sperrmüllabfuhr ist diejenige Person, die die Abholung beauftragt.
- (5) Abweichend von Absatz 1 wird für die Entsorgung gewerblicher Siedlungsabfälle gemäß § 5 Abs.3 der Abfallwirtschaftssatzung sowie für verbotswidrig abgelagerte Abfälle gemäß § 5 Abs. 7 der Abfallwirtschaftssatzung die Abfallbesitzerin und/oder der Abfallbesitzer gebührenpflichtig.

§ 4 Beginn und Ende der Gebührenpflicht für die Systemabfuhr

- (1) Die Pflicht zur Entrichtung der Gebühr für die Systemabfuhr beginnt mit dem Ersten des Monats, der auf die Anmeldung zur Abfallentsorgung folgt. Sie erlischt mit dem Ende des Monats, in dem die Abfallentsorgung abgemeldet wurde.
- (2) Änderungen im Umfang der Abfallentsorgung können aufgrund eines Änderungsantrages oder einer Änderung von Amts wegen berücksichtigt werden. Sie bewirken eine Gebührenänderung vom Ersten des Monats an, der auf den Änderungsantrag oder die Änderung von Amts wegen folgt. Eine Änderung von Amts wegen kann auch eine An- bzw. Abmeldung umfassen. An- und Abmeldung sowie Anträge auf Änderung im Umfang der Abfallentsorgung müssen bis zum 25. des Monats bei der Stadt Neumünster eingehen, damit sie vom folgenden Monat an berücksichtigt werden können.
- (3) Die Gebührenpflichtigen sind verpflichtet, den Bestand der Abfallbehälter auf dem Grundstück regelmäßig zu kontrollieren und überzählige Behälter unverzüglich abzumelden und deren Abholung zu beantragen oder diese anzumelden, sofern sie auf dem Grundstück verbleiben sollen. Stellt die Stadt fest, dass auf dem Grundstück Abfallbehälter vorhanden sind, die nicht angemeldet sind, ist sie berechtigt, eine Anmeldung von Amts wegen auch rückwirkend für den Zeitpunkt vorzunehmen, seit dem sich die Abfallbehälter auf dem Grundstück befinden.
- (4) Konnte die Abfallentsorgung aus Gründen, die die Stadt nicht zu vertreten hat, nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden, so besteht kein Anspruch auf Minderung der Gebühr, es sei denn, dass die Unterbrechung länger als einen Monat gedauert hat. In diesem Falle wird die anteilige Gebühr erstattet, die auf den Unterbrechungszeitraum entfällt.

Unterbleibt die Abfallentsorgung aus Gründen, die die/der Gebührenpflichtige zu vertreten hat, besteht kein Anspruch auf Gebührenermäßigung.

- (5) Die Jahresgebühr für die Bioabfallbehälter verringert sich bei der Sommertonne (Saisonbioabfallbehälter) auf sieben Monatsgebühren für den Zeitraum, in dem die Behälter geleert werden (April bis Oktober). Es sind nur An- und Abmeldungen zum ersten eines Monats möglich. Werden die Behälter aufgrund der An- und Abmeldung nach März aufgestellt und/oder vor Oktober eingezogen, verringert sich die Gebühr auf anteilig volle Monatsgebühren.

§ 5 Veranlagung und Fälligkeit

- (1) Die Gebühren für die Systemabfuhr werden durch einen schriftlichen Bescheid jeweils für ein Kalenderjahr (Veranlagungszeitraum) festgesetzt. Sie können zusammen mit anderen Grundstücksgebühren erhoben werden.
- (2) Die Gebühren sind in gleichen Teilbeträgen am 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. jeden Jahres fällig. Festgesetzte Beträge bis zu 15,00 Euro werden am 15.08. des Jahres und Gesamtjahresbeträge bis zu 30,00 Euro je zur Hälfte am 15.02. und 15.08. fällig.
- (3) Abweichend davon können die festgesetzten Gebühren auf einen entsprechenden Antrag hin mit Zustimmung der Stadt Neumünster am 01.07. in einem Jahresbetrag entrichtet werden.
- (4) Nachzuzahlende Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Heranziehungsbescheides fällig.
- (5) Die Gebühren für eine Sonderleerung (§ 13 Abs. 5 Abfallwirtschaftssatzung) entstehen mit der Inanspruchnahme der Leistung und werden zwei Wochen nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
- (6) Die Gebühren für die Abfallentsorgung bei den Sammelstellen entstehen mit der Annahme der jeweiligen Abfälle und werden gleichzeitig fällig.
- (7) Die Gebühren für die Abfallsäcke und Banderolen entstehen mit deren Überlassung und werden gleichzeitig fällig.

§ 6 Datenverarbeitung

Zur Ermittlung der Gebührenpflichtigen und zur Festsetzung der Gebühren im Rahmen dieser Satzung ist die Erhebung folgender Daten gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 13 Abs. 3 Nr. 1 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) durch die Stadt Neumünster -Fachdienst Haushalt und Finanzen / Steuern und Abgaben-, zulässig:

- a) Name, Vorname(n), Anschrift, Geburtsdatum, Bankverbindung der/des Gebührenpflichtigen;
- b) Name, Vorname(n), Anschrift, Geburtsdatum, Bankverbindung einer/eines evtl. früheren oder nachfolgenden Gebührenpflichtigen
- c) Name, Vorname(n), Anschrift einer/eines evtl. Bevollmächtigten.

Die personenbezogenen Daten werden erhoben durch Mitteilung bzw. Übermittlung

- a) der/des Gebührenpflichtigen;
- b) aus dem Einwohnermelderegister;
- c) aus den Grundbuchakten;
- d) aus den Akten des Katasteramtes;
- e) aus den Akten des Finanzamtes;
- f) aus dem Vereinsregister;
- g) aus dem Handelsregister;
- h) aus der Handwerksrolle der Industrie- und Handelskammer;
- i) aus dem Gewereregister des Fachdienstes Allgemeine Ordnungsangelegenheiten;
- j) aus den Akten des Fachdienstes Haushalt und Finanzen der Stadt Neumünster;

k) aus den Akten des Fachdienstes Bauaufsicht der Stadt Neumünster.

Die Daten dürfen von der datenverarbeitenden Stelle nur zum Zwecke der
Gebührenerhebung nach dieser Satzung weiterverarbeitet werden.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2017 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Neumünster über die Erhebung von
Gebühren für die Benutzung der städtischen Einrichtungen zur Abfallentsorgung
(Abfallgebührensatzung) vom 04.03.2014 außer Kraft.

Neumünster, den ...

...

Dr. Tauras
Oberbürgermeister

Anlage zur Abfallgebührensatzung

Gebührentarif

1. Systemabfuhr (§ 3 Abs. 10 Abfallwirtschaftssatzung)

1.1 System „Graue Tonne“ (Restabfälle)

jährliche Benutzungsgebühr

Fassungsvermögen Leerung Entsorgungsgebiet A * Entsorgungsgebiet B**

1.1.1	240 Liter	2-wöchentlich	252,00 Euro	234,00 Euro
1.1.2	120 Liter	2-wöchentlich	168,00 Euro	153,00 Euro
1.1.3	120 Liter	4-wöchentlich	92,00 Euro	85,00 Euro
1.1.4	120 Liter	2-wöchentlich gemeinsame Nutzung mit Nachbarn	92,00 Euro	85,00 Euro
1.1.5	120 Liter	4-wöchentlich gemeinsame Nutzung mit Nachbarn	55,00 Euro	52,00 Euro
1.1.6	60 Liter	4-wöchentlich	61,00 Euro	56,00 Euro
1.1.7	1.100 Liter	wöchentlich	1.698,00 Euro	1.698,00 Euro
1.1.8	1.100 Liter	2-wöchentlich	1.043,00 Euro	1.043,00 Euro

1.2 System „Grüne Tonne“ (Bio-Abfälle)

Fassungsvermögen Leerung

1.2.1	120 Liter	2-wöchentlich	85,00 Euro	78,00 Euro
1.2.2	120 Liter	2-wöchentlich, gemeinsame Nutzung mit Nachbarn	43,00 Euro	39,00 Euro
1.2.3	60 Liter	2-wöchentlich	52,00 Euro	47,00 Euro

1.3 Sommertonne (Saisonbehälter für Bioabfälle)

Fassungsvermögen Leerung Entsorgungsgebiet A* Entsorgungsgebiet B**

Bioabfall 120 Liter 2-wöchentlich 51,00 Euro 47,00 Euro

Leerung vom 01.04. bis zum 30.10.

Der Behälter verbleibt das ganze Jahr auf dem Grundstück.

Die Gebühren werden nur von April bis Oktober erhoben.

1.4 System „Blaue Tonne“ (Papier, Pappe, Kartonagen)

Fassungsvermögen Leerung Entsorgungsgebiet A* Entsorgungsgebiet B**

1.4.1	PPK 120 Liter	4-wöchentlich	0,00 Euro	0,00 Euro
1.4.2	PPK 240 Liter	4-wöchentlich	0,00 Euro	0,00 Euro
1.4.3	PPK 1.100 Liter	4-wöchentlich	0,00 Euro	0,00 Euro

* Gefäße werden durch Mitarbeiter des TBZ vom Grundstück geholt und nach der Leerung wieder zurückgestellt.

** Gefäße sind vom Anschlussnehmer am Straßenrand zur Leerung bereitzustellen.

1.5 Transportzuschläge (§ 14 (2) Abfallwirtschaftssatzung)

1.5.1 Transportzuschlag > 15 m und/oder 2 Stufen für Behälter bis 120 Liter 1,86 Euro je Leerung

1.5.2 Transportzuschlag > 15 m und/oder 2 Stufen für Behälter 240 Liter 2,31 Euro je Leerung

1.5.3 Transportzuschlag > 15 m für Behälter 1.100 Liter 3,38 Euro je Leerung

1.5.4 Transportzuschlag > 30 m und/oder 10 Stufen für Behälter bis 120 Liter 2,31 Euro je Leerung

1.5.5 Transportzuschlag > 30 m und/oder 10 Stufen für Behälter 240 Liter 2,76 Euro je Leerung

1.5.6 Transportzuschlag > 30 m für Behälter 1.100 Liter 6,30 Euro je Leerung

Führt der Transportweg über öffentliche Flächen (Bürgersteige, Radwege, Straßenbegleitgrün), wird dieser nur mit bis zu 6 m berücksichtigt.

2. Sonderleerungen (§ 13 Abs. 5 Abfallwirtschaftssatzung)

Die Gebühr für eine Sonderleerung gem. § 13 Abs. 5 Abfallwirtschaftssatzung beträgt 10 % der für den jeweiligen Abfallbehälter bei einer 2-wöchentlichen Leerung anfallenden Jahresgebühr. Für eine Sonderleerung der PPK-Behälter wird eine Gebühr erhoben, die 10% der Jahresgebühr entspricht, die für einen Restabfallbehälter in gleicher Größe bei einer zweiwöchentlichen Leerung anfällt.

3. Abfallannahme bei den Sammelstellen (§ 18 und Anlage 3 der Abfallwirtschaftssatzung)

Gebühr je PKW-Kofferraum bis zu 300 Liter

3.1	Restabfälle	9,00 Euro
3.2	unbelasteter mineralischer Bauschutt aus privaten Haushalten	3,50 Euro
3.3	Baumischabfall aus privaten Haushalten	9,00 Euro
3.4	Bioabfälle	3,00 Euro
3.5	Laub vom 15.09. bis zum 21.12.	kostenfrei

4. Abfallsäcke und Banderolen (§ 11 Abs. 4 Abfallwirtschaftssatzung)

Gebühr je Abfallsack

4.1	für Restabfälle á 70 Liter	3,70 Euro
4.2	für Bioabfälle á 70 Liter	3,00 Euro

Gebühr je Banderole

4.3	für Restabfälle á 60 Liter	3,30 Euro
4.4	für Bioabfälle á 60 Liter	2,70 Euro

5. Sperrmüll (§ 16 Abs. 1 Abfallwirtschaftssatzung)

5.1 Die Gebühr für eine zusätzliche Sperrmüllabfuhr beträgt 40,00 Euro.

5.2 Die Gebühr für zusätzliche bis zu 20 Gegenstände beträgt 40,00 Euro.

6. Ermäßigung

Bei Nutzung eines 30-Liter-Restabfallbehälters wird ein Abschlag auf die Gebühr des 60-Liter-Restabfall-Behälters gewährt (§ 11 Abs. 10 Abfallwirtschaftssatzung).

A-Gebiet	B-Gebiet
20,00 Euro	19,00 Euro

7. Bearbeitungsgebühr

für die Auslieferung zusätzlicher Restabfall-, Bioabfall- oder PPKgefäße, für die Abholung nicht mehr benötigter Restabfall-, Bioabfall- oder PPKgefäße, für die Umstellung des Leerungsrhythmus und für den Wechsel der Gefäßgröße (§ 2 Abs. 6 Abfallgebührensatzung).

15,00 Euro